



Vaterländische Union

# Wertvorstellungen der Vaterländischen Union

Die Grundwerte und das Menschenbild der VU werden geprägt von Freiheit, Nachhaltigkeit und Solidarität.

## **Inhalt**

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Wertvorstellungen der VU</b>	<b>4</b>
<b>Wertvorstellungen der VU im Volltext</b>	<b>28</b>
1 Staatspolitische Grundsätze	28
2 Grundsätze zur Gesellschafts- und Sozialpolitik	29
3 Grundsätze zur Umweltpolitik	33
4 Grundsätze zur Finanz- und Wirtschaftspolitik	35

## **Liebe Parteifreunde**

Eine Partei ist nur so gut, wie ihre Menschen und ihre Inhalte. Wir müssen wissen, wofür wir stehen, was wir wollen, was uns wichtig ist. Viele Menschen in unserer Partei, viele von uns, haben über Inhalte in neuer Qualität und in neuer Intensität diskutiert. Das Ergebnis sind unsere Wertvorstellungen. Wertvorstellungen einer modernen Partei mit liberalem Inhalt. Es geht um Freiheit, es geht um Solidarität, es geht um Nachhaltigkeit und worum es vor allem geht, um eine bessere Zukunft für unsere Heimat, für Liechtenstein.





**«Das Land ist für die Menschen da.  
Darum brauchen wir starke Volksrechte.»**

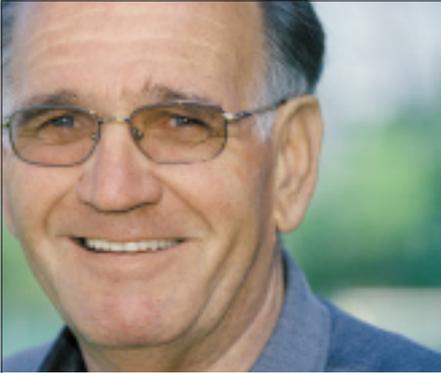
Die VU ist für eine starke Demokratie.

5

### **Für eine starke Demokratie.**

Demokratie zwingt uns alle, respektvoll und tolerant miteinander umzugehen. Sie ermöglicht es erst, stark, individuell und einzigartig zu sein. Demokratie ist ein Wert für uns alle; wer die demokratischen Rechte schwächt, schwächt jeden einzelnen. Wir haben seit den Zeiten eines Wilhelm Beck immer für die demokratischen Rechte gekämpft und werden dies auch weiterhin tun. Dafür steht die VU.





**«Nur wer allen zuhört,  
kann voneinander lernen.»**

Die VU ist für Meinungsfreiheit.

### **Für Meinungsfreiheit.**

Die Meinungen anderer zu hören, zu akzeptieren und zu diskutieren, ist für uns nicht nur ein wichtiger Grundsatz. Es ist Bedingung dafür, dass wir zusammenhalten, voneinander lernen und das Land gemeinsam voran bringen. Dafür steht die VU.





## «Wir alle wollen frei sein. Warum nicht auch von Vorurteilen?»

Die VU ist für Toleranz und freie Lebensgestaltung.

### **Für Freiheit der Lebensgestaltung und Toleranz.**

Freiheit heisst auch Vielfalt. Und wenn wir vielfältig sein wollen, müssen wir gerecht und tolerant sein. Wer anders denkt und anders lebt, kann uns inspirieren, ohne uns zu manipulieren. Wenn wir inspiriert werden und dabei frei bleiben, können wir uns entfalten und vieles bewegen. Dafür steht die VU.





**«Weil das Leben nicht immer gerecht ist, sollten wir es sein.»**

Die VU ist für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

### **Soziale Gerechtigkeit braucht Solidarität und Verantwortung.**

Soziale Gerechtigkeit verlangt Ausgrenzung und Armut zu verhindern. Dafür brauchen wir Massnahmen, die eine dauerhafte Integration aller in unserem System lebenden Menschen ermöglichen. Gleichzeitig ist es wichtig, den Missbrauch sozialer Einrichtungen zu bekämpfen. Wir müssen frei von Vorurteilen bleiben und Solidarität üben. Solidarität setzt einfache Dinge voraus: Verzicht, Freundschaft, Güte und Menschlichkeit. Wenn wir zusammenhalten, helfen wir einander und sorgen dafür, dass auch unsere Kinder lernen, zu helfen. Dafür steht die VU.



## «Die Zeit hat viel Fortschritt gebracht. Warum nicht die Chance, Familie und Beruf in Einklang zu bringen? »

Die VU ist für eine faire Familienpolitik.

13

### **Eine faire Familienpolitik.**

Es ist bedeutend, was wir von unseren Vorfahren erhalten. Noch wichtiger aber ist es, dass wir unsere Nachkommen fördern. Daher müssen wir darauf achten, dass die Familie als kleinste Zelle von Staat und Gesellschaft höchste Priorität erhält. Sie erst ermöglicht die Stabilität eines Landes. Fördern wir unsere Kinder und vor allem ihre Mütter, sich in jeder Form in der Gesellschaft engagieren zu können, tragen wir langfristig die Früchte des Lebensbaumes, der dem Staat als Grundlage dient. Dafür steht die VU.





**«Die Freiheit etwas zu wagen,  
liegt bei jedem selbst.  
Es nicht zu verhindern liegt beim Staat.»**

**Die VU ist für Selbstbestimmung und Chancengleichheit.**

### **Selbstbestimmung und Chancengleichheit.**

Selbstbestimmung und Chancengleichheit bedeuten, die bestehenden Chancen zu nutzen und neue zu eröffnen. Wer vermeintlich anders ist, gehört zu uns. Wer sein Leben lebt, wie er es will, gehört zu uns. Wer sein Leben nicht so leben kann, wie wir es tun, gehört zu uns. Deswegen steht die Würde jedes einzelnen Menschen im Mittelpunkt unserer Politik. Dafür steht die VU.





**«Jeder Fortschritt hat seinen Preis.  
Nicht jeder ist es wert, bezahlt zu werden.»**

**Die VU ist für Wachstum, aber nicht um jeden Preis.**

17

### **Wachstum nicht um jeden Preis.**

Wir brauchen Wachstum, aber es darf nicht unbeschränkt sein. Wir müssen vorausschauend wachsen, um Schäden zu vermeiden und kontrolliert im Sinne einer gesunden Gemeinschaft das Land entwickeln. Natürliche Ressourcen sind limitiert, deshalb müssen sie geschützt werden. Sonst entziehen wir uns selbst die Lebensgrundlage. Deshalb müssen wir Masslosigkeit in jeder Beziehung Grenzen setzen. Dafür steht die VU.





**«Die Wirtschaftswelt  
denkt global und handelt lokal.  
Dabei sollte es bleiben.»**

Die VU ist für die Förderung lokaler Produkte.

### **Lokales Gewerbe.**

Was gut ist, setzt sich durch. Besinnen wir uns auf unsere eigenen Stärken und fördern diese. Unsere Unternehmen bieten Qualität und prägen unsere Wirtschaftsstruktur. Wenn wir unsere eigenen Produkte nutzen, entlasten wir unsere Umwelt, steigern die Qualität und stärken damit unsere Lebensqualität. Dafür steht die VU.



## «Sonne, Wind und Wasser wird es immer geben. Und unsere Stromversorgung?»

Die VU ist für die Förderung von erneuerbaren Energien.

### **Förderung erneuerbarer Energien.**

Wir leben von Öl, Gas, Kohle und Atomenergie. Diese Ressourcen sind jedoch begrenzt, teuer, machen uns abhängig und sind in ihrer Umweltverträglichkeit kritisch. Wir könnten zu einem grossen Teil von Sonne, Wasser und Wind leben. So helfen wir, das Klima zu schützen und können langfristig unsere Energieversorgung aus eigener Kraft stützen. Dafür steht die VU.



## «Niemand will seinen Kindern Schulden hinterlassen. Das gilt auch für unseren Staat.»

Die VU ist für einen Staat, der nur ausgibt, was er einnimmt.

### **Modern-liberale Marktwirtschaft.**

Wie in jedem Privathaushalt auch, sollte der Staat nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Er hat grosse Aufgaben zu lösen und braucht dafür einen entsprechenden Ertrag, den ihm die Wirtschaft zuführt. Dieser Kreislauf muss wirtschaftlich stabil bleiben, um nicht auf Kosten der kommenden Generationen Schulden anhäufen zu müssen. Deshalb müssen wir kontrolliert und vorausschauend mit dem Volksvermögen umgehen. Dafür steht die VU.



**«Will unsere Wirtschaft Erfolg haben, braucht sie freien Wettbewerb, nicht Verordnungen.»**

Die VU ist für eine Wirtschaftspolitik ohne Überreglementierung.

### **Freie Wirtschaftspolitik ohne Überreglementierung.**

Ein Unternehmen ist dann erfolgreich, wenn es frei und unabhängig agieren kann. Je mehr Freiheit es hat, umso grösser ist dessen Erfolg, umso mehr Arbeitsplätze kann es schaffen. Daher müssen wir mit gesetzlichen Einschränkungen dieser Freiheit vorsichtig umgehen. Wir dürfen sie nur dort zulassen, wo das soziale Gefüge gefährdet, soziale Solidarität gefordert oder die Umwelt geschädigt wird. Wer Leistung bringen will, soll dafür belohnt werden. Dafür steht die VU.



**«Der Staat ist wie der Mensch:  
wenn er schlank ist, ist er fit.»**

Die VU ist für eine effiziente Verwaltung.

27

**Klare Kompetenzzuweisungen zwischen Gemeinden und Land  
und für eine effiziente schlanke Verwaltung.**

Wer sich fit hält, bleibt schlank. Das gilt auch für den Staat. Fit sein heisst auch, sich auf das Wesentliche zu beschränken, also jene Aufgaben zu erfüllen, die im öffentlichen Interesse liegen. Die Aufgaben des Staates sollen dort erledigt werden, wo sie möglichst unbürokratisch und nahe am Bürger erledigt werden können. Mehr Transparenz und eine klare und effiziente Kompetenzzuweisung zwischen Land und Gemeinden sind wichtige Garanten für ein erfolgreiches Liechtenstein. Ein schlanker Staat ist ein fitter und gesunder Staat. Ist der Staat gesund, profitiert seine Bevölkerung. Dafür steht die VU.



## Wertvorstellungen der VU im Volltext

Die Grundwerte und das Menschenbild der VU sind geprägt von den Begriffen

### Freiheit – Nachhaltigkeit – Solidarität:

- Einer Staats- und Wirtschaftspolitik, die auf Freiheit gründet.
- Einer Umweltpolitik, die der Nachhaltigkeit verpflichtet ist.
- Einer Gesellschafts- und Sozialpolitik, die auf Solidarität beruht.

Die VU als staatstragende Partei im Fürstentum Liechtenstein basiert auf christlichen Grundwerten. Sie steht ein für eine erfolgreiche Zukunft zum Wohle der Bevölkerung und der Umwelt und stellt den Menschen in den Mittelpunkt.

## 1 Staatspolitische Grundsätze

### 1.1 Rolle des Staates

Der zukünftige Staat muss ein intelligenter Staat sein. Ein Staat, der in erster Linie günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Bevölkerung schaffen will. Ein Staat, der eine gute Ausbildung der Bevölkerung, den Schutz der sozial Schwächeren, den sozialen Frieden, eine gute Gesundheits- und Altersvorsorge, justiziabler Gerechtigkeit und den Schutz nach innen und nach aussen zum Ziel hat. Dabei ist auf die Berechenbarkeit und Rechtssicherheit besonderes Augenmerk zu richten. Der Staat erfüllt seine Aufgaben in partnerschaftlichem Verhältnis mit den Unternehmen und der Bevölkerung.

### 1.2 Demokratie und Monarchie

Die VU steht zur monarchisch-demokratischen Staatsform. Demokratie und die politische Mitbestimmung des Volkes ist die am breitesten angelegte Regierungsform eines Staates. Sie garantiert einen Rechtsstaat, in dem die Rechte des Einzelnen und der Umwelt geschützt und gesichert sind. In Liechtenstein muss zwischen Demokratie und Monarchie ein ausgewogenes Verhältnis bestehen, wobei es für die VU seit Jahrzehnten ein sehr wichtiges Ziel ist und bleibt, die Demokratie zu fördern und die Volksrechte zu stärken.

Für dieses Ziel setzt sich die VU auch auf Basis der heutigen Verfassung ein. Sie steht damit in der langen Tradition der Volkspartei und eines Wilhelm Beck.

### 1.3 Meinungsvielfalt

Für die VU ist die Freiheit der Meinungsäußerung eines der höchsten Güter einer liberalen gesellschafts- und staatspolitischen Ordnung. Dies gilt sowohl ausserhalb als insbesondere auch innerhalb der VU. Andere Meinungen als die gerade von der Mehrheit der Partei vertretene sollen nicht nur geduldet, sondern zur Kenntnis genommen, geprüft und diskutiert werden. Die Respektierung der Meinung Andersdenkender ist ein wichtiges gesellschaftliches Gut, ohne das in einem so kleinen Land wie Liechtenstein ein Zusammenwirken aller staatstragenden Kräfte und damit eine gedeihliche Entwicklung des Landes in der Zukunft kaum denkbar erscheint.

29

## 2 Grundsätze zur Gesellschafts- und Sozialpolitik

Dem Wohlfahrtsstaat ist besonderes Augenmerk zu widmen. Im Vordergrund stehen Fragen der Chancengleichheit bezüglich der gesellschaftlichen Solidarität, z. B. im Hinblick auf gleiche Chancen von Frauen und Männern, die Lage der jungen Menschen, das Verhältnis zwischen den Generationen, den Zugang zur Ausbildung, zu medizinischer Betreuung, Arbeit, Integration. Zur Erneuerung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind bewährte und neue Wege der Zusammenarbeit und der Konfliktaustragung zu beschreiten. Toleranz muss als verbindendes Element gelebt werden. Formen des Engagements müssen wiederbelebt und erneuert werden: Nachbarschaftshilfe, Mediation, Partizipation und Ehrenamt.

### 2.1 Freiheit der Lebensgestaltung

Die VU setzt sich ein für Toleranz und freie Lebensgestaltung im gesellschaftlichen und religiösen Bereich. Toleranz ist die individuelle Bereitschaft, für die Würde eines jeden anderen Menschen einzutreten und wird dementsprechend zu einem zentralen Element der Lebensgestaltung. Mit der Freiheit in unserer Lebensgestaltung verbinden wir auch eine Pflicht, nämlich die Freiheit des anderen zu respektieren. Toleranz gegenüber dem Andersein und dem Andersdenkenden ist ein notwendiger Bestandteil von Freiheit. Denn die Freiheit gründet auf dem gegenseitigen Respekt von Wertvorstellungen und Verhaltensweisen.

### 2.2 Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik

Zahllose Wissenschaftler haben aufgezeigt, was passieren wird, was passieren wird, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ihr Verhalten unverändert fortführen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet so zu leben, dass sich die Chancen der uns folgenden Generationen nicht verschlechtern. Wir – die jetzt lebende, aktive Generation – tragen die Verantwortung dafür. Zukunftsgestaltung ist der inhaltliche Kern von Politik und setzt eine gesellschaftliche Verständigung über gemeinsame Ziele voraus. Die wichtigsten Komponenten der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit sind Verteilungsgerechtigkeit (Altersversorgung, Arm/Reich), Dauerhaftigkeit (sozialer Friede, Bildung), Integration (Anerkennung statt Ausgrenzung) und Partizipation (Mitsprache, Mitentscheidung).



### 2.3 Solidarität

Solidarität ist das Zusammengehörigkeitsgefühl von Gruppen und Individuen. Sie äussert sich in gegenseitiger Unterstützung und Hilfe und kommt in der Freiwilligenarbeit prominent zum Ausdruck. Solidarität ist eines der Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens. Eine Sozialpolitik, die auf dem Prinzip der Solidarität gründet, hat jederzeit einem Balanceakt standzuhalten: Zwischen Freiheit und Eigenverantwortung einerseits, Sicherheit und Gemeinschaftsverantwortung andererseits. Zentrale Bedeutung kommt dabei der Erziehung zur Solidarität in Familie, Schule und anderen Gemeinschaften zu.

### 2.4 Gerechte Sozialsysteme

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit hat eine zentrale Aufgabe in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Um Ausgrenzung zu verhindern, müssen insbesondere Massnahmen in der Arbeitsmarkt-, Familien-, Bildungs- und Ausländerpolitik ergriffen werden. Die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme nimmt dabei eine zentrale Rolle ein, da durch sie der soziale Zusammenhalt gestärkt und mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen wird. Der Missbrauch sozialer Einrichtungen soll andererseits besser kontrolliert und bekämpft werden.

### 2.5 Gleichberechtigung der Geschlechter

Gleichstellungspolitik ist Gesellschafts- und Menschenrechtspolitik. Geschlechtsspezifische Diskriminierung ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Die Unterstützung der Gleichstellung ist als integrierter Prozess zu begreifen, bei dem sämtliche Massnahmen am Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter gemessen werden.

Gleichstellung trägt zur strukturellen Armutsminderung bei. Wirksam sind Interventionen jedoch nur, wenn sie auch auf eine strukturelle Korrektur des Umfelds hinwirken, d. h. auf die Herstellung nicht diskriminierender Rahmenbedingungen. Die Existenz entsprechender institutioneller Kontrollmechanismen ist eine wichtige Voraussetzung, um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen nachhaltig zu etablieren.

### 2.6 Krankheit und Behinderung

In der Vergangenheit reagierte man auf Krankheit und Behinderung weitgehend mit einem sozialen Ausgleich durch Nächstenliebe und den Aufbau von Fachpflagediensten, die von der Gesellschaft getrennt waren. Der Schwerpunkt der Hilfe muss stärker auf der Feststellung und Beseitigung von Hindernissen liegen, die einer Gleichstellung und uneingeschränkter Teilhabe an allen Lebensaspekten im Wege stehen. Ziel der Krankenhilfe und Behindertenpolitik ist die Förderung der Selbstbestimmung und der Chancengleichheit von Menschen mit Krankheiten und Behinderungen. Die Teilhabe an Berufsausbildung, Erwerbsarbeit und gesundheitlicher Rehabilitation soll im Mittelpunkt stehen. Herausragende Bedeutung kommt dabei Massnahmen im Bereich der Baubewilligungen zu (behinderten-gerechtes Bauen).

### 2.7 Integration

Die Integration von Nichtstaatsangehörigen ist eine Aufgabe, die Anforderungen einerseits an uns, andererseits aber auch an die eingewanderte Person oder Familie stellt. Eine zielgerichtete Integrationsstrategie, die unsere Aufgaben sowie die damit verbundenen Forderungen an die Einwanderungswilligen aufzeigt, ist der erste Schritt, der getan werden muss. Das Erlernen der deutschen Sprache und von Grundkenntnissen der liechtensteinischen Lebensart ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.

31

Sozialpolitik stützt sich auf christliche europäische Werte ab. In der christlichen Soziallehre wird unter dem Gebot der Gerechtigkeit dazu angehalten, die gesellschaftlichen Verhältnisse immer so zu verändern, dass ein harmonisches Zusammenleben aller Gesellschaftsschichten möglich ist. Toleranz gegenüber dem Anderssein und Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden ist für uns ein notwendiger Bestandteil von Freiheit. In Übereinstimmung mit der Achtung der Menschenrechte bedeutet praktizierte Toleranz weder das Tolerieren sozialen Unrechts, noch die Aufgabe oder Schwächung der eigenen Überzeugungen.

### 2.8 Gesundheit

Grundprinzip der Gesundheitspolitik ist die solidarische Finanzierung des unkalkulierbaren Risikos von Krankheit und Unfall. Die Gesundheitspolitik steht vor beachtlichen Herausforderungen, vor allem auch infolge des demographischen Wandels und des medizinischen Fortschritts. Reformmassnahmen müssen sowohl auf die Qualität der gesundheitlichen Versorgung als auch auf die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung achten, wobei auch die Leistungserbringer in die Pflicht zu nehmen sind. Missbräuchliche Inanspruchnahme von subventionierten Leistungen muss stärker kontrolliert und durch entsprechende Systeme erkennbar werden. Die Eigenverantwortung und die Prävention müssen stärker gewichtet und Anreize geschaffen werden, dass subventionierte Leistungen nur bei wirklicher Notwendigkeit erfolgen.

Eine höhere Volksgesundheit, die zu fördern ist, führt zu einer geringeren Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitswesens und stärkt so indirekt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Staates und der liechtensteinischen Einwohner.

### 2.9 Familie

Staat und Gesellschaft sind auf die Leistungen der Familie angewiesen. Gleichzeitig wird es schwieriger, diese Leistungen zu erbringen. Zu einer nachhaltigen Familienpolitik gehört die Schaffung von Bedingungen, die Frauen und Männer ermutigen, Familien zu gründen und die Chancen und die Herausforderungen lebenslanger Bindungen zum Wohle der Kinder zu ergreifen.

Familien schaffen die sozialen und personalen Grundvoraussetzungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Familien und vor allem Frauen in Familien erbringen den grössten Teil der Arbeit für Kinder und für zu betreuende Menschen. Weder der Staat, noch der Markt sind in der Lage, die Leistungen der Familien zu ersetzen. Deshalb muss vorrangig auf eine bessere flexible Familiengestaltung durch Ermöglichung von Teilzeitarbeit und Entschädigungen für die Pflege von Familienmitgliedern bei Krankheit geachtet werden. Eine familienfreundliche Politik muss auf Mütter und auf Väter ausgerichtet sein, damit sie den Kindern dient.



## 2.10 Bildung

Bildung ist die wichtigste Form der Zukunftsvorsorge. Sie ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und die beste Prophylaxe gegen Arbeitslosigkeit. Grundprinzipien sind die Förderung von Leistung, Kreativität und Eigenverantwortung, die Sicherung von Chancengleichheit für alle und das Recht auf bestmögliche Bildung sowie die Gleichwertigkeit der nationalen Bildungsgänge. Die Durchlässigkeit der verschiedenen Schultypen ist weiter zu verbessern, damit Leistungsfähigkeit und angemessene Unterstützung erfolgreich gefördert werden. Die angemessene Unterstützung und Ermutigung zum lebenslangen Lernen ist ein wichtiger Faktor bei der Bewältigung neuer gesellschafts-politischer Herausforderungen. Gut ausgebildete Arbeitnehmer und Einwohner sind für einen Kleinstaat in einem integrierten Europa eine der wichtigsten Ressourcen.

## 2.11 Jugend und Zukunft

Ohne starke Jugend hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Eine nachhaltige Politik integriert die nachwachsende Generation und fördert deren Potenzial und Leistungswillen. Der Zugang zu allen sozialen und gesellschaftlichen Positionen muss ihr ohne Diskriminierung offen sein. Nur ein Nachwuchs, der angemessen auf die Anforderungen vorbereitet ist, welche Gesellschaft, Wirtschaft und Politik stellen, hat Vertrauen in sich selbst. Und nur ein Nachwuchs, der bereit ist, sich diesen Anforderungen zu stellen, schafft Zukunft.

## 2.12 Alter

Eine der grossen Herausforderungen der Zukunft besteht derzeit darin, die wirtschaftliche Versorgung und die finanzielle Unabhängigkeit der älteren Generationen zu gewährleisten. Für die VU ist die Sicherung der Renten und die Erhaltung des wirtschaftlichen Wohlstandes der älteren Generation, als Dank für die jahrzehntelange Mitarbeit in Staat und Gesellschaft, eines der vorrangigen Ziele der Zukunft. Dafür müssen zielgerichtet Massnahmen in Diskussionen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesucht und gefunden werden.

## 2.13 Kultur und Sport

Kultur ist ein wichtiger Motor der Gesellschaft. Sie inspiriert und bewegt. Sie gibt Impulse für den Aufbruch und den Umbruch, sie lässt uns Neues besser verarbeiten und hinterfragen. Und sie hat viel mit Intuition zu tun. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist sie ebenso wichtig wie für die Entfaltung der Menschen und die Identität der ganzen Region. Das Potenzial einer vielfältigen und selbstbewussten Kultur für Kreativität und Innovationsfreude in der Wirtschaft gilt es noch besser auszuschöpfen. Sport in seinen vielfältigen Ausgestaltungsmöglichkeiten fördert die Persönlichkeitsentwicklung sowie die individuelle Fitness und somit die Volksgesundheit. Sport ist aber auch ein sympathischer und daher wichtiger Botschafter unseres Landes.

## 2.14 Erneuerung

Neue Schutzanliegen sind aufzugreifen und überkommene Regelungen auf ihre aktuelle Rechtfertigung zu überprüfen. Im Festhalten an überkommenen Ausprägungen des Sozialstaates besteht die Gefahr, dass die neuen Schutzanliegen nicht bewältigt werden können und damit die Akzeptanz des Gesamtsystems schwindet: Ohne Sozialreformen ist die Nachhaltigkeit des Gesamtsystems gefährdet.

33

## 3 Grundsätze zur Umweltpolitik

### Umweltpolitik im Wandel

Eine verantwortungsvolle Umweltpolitik basiert auf natürlichem Wachstum. Sie hat immer wieder zu kontrollieren, dass das Wachstum beschränkt und gemäss qualitativen Grundsätzen erfolgt. Die Freiheit der Konsumgesellschaft muss an den Ressourcen gemessen werden. Masshalten und Bescheidung für kommende Generationen muss ein elementares politisches Prinzip sein. Eine einsichtsvolle Selbstbeschränkung zu Gunsten von Umwelt, Gesundheit und Zukunft ist notwendig. Eine übermässige Ausbeutung der Ressourcen reduziert die Lebensqualität und gefährdet die Zukunftschancen. Kosten- und verursachergerechte Entschädigungen sorgen dafür, dass unternehmerische Gewinnmaximierung nicht zu Lasten der Umwelt und der Allgemeinheit gehen.

### 3.1 Verursacherprinzip und Kostenwahrheit

Grundsätzlich trägt derjenige die Kosten für den Abbau von Ressourcen und Verschmutzung der Umwelt, der sie verursacht. Erhebung und Verteilung von solchen Umweltabgaben müssen überwiegend einen Ursachen- und Wirkungsbezug haben und zweckgebunden sein. Eine umfassende Betrachtungsweise (Ursachenforschung) ist unumgänglich.

### 3.2 Vorsorge

Im Sinne der Vorsorge sind umwelt- oder gesundheitspolitisch umstrittene, einschlägige oder riskante Projekte im Vorfeld ihrer Realisierung auf mögliche Risikofolgen abzuschätzen. Risiken und Nebenwirkungen müssen transparent aufgezeigt und, wo nötig, durch entsprechende Massnahmen ausgeschlossen werden (z. B. Mobilfunk/Gentechnik).

### 3.3 Wachstum nicht um jeden Preis

Unbeschränktes Wachstum führt zu unüberschaubaren Problemen. Das Wachstum der Bevölkerung darf nicht zu Lasten der Lebensgrundlagen erfolgen. Liechtenstein muss seinen ländlichen Charakter bewahren und dafür besorgt sein, dass die Umwelt intakt und für Tiere und Pflanzen Rückzugsmöglichkeiten erhalten bleiben. Dabei ist zu unterscheiden zwischen stark überbauten Gebieten, welche schon heute keine Vernetzung von Tierpopulationen mehr zulassen, und weitgehend intakten



Flächen, welche als Korridore für die Tierwelt dienen. Diese Flächen sind zu erhalten und zu vernetzen. Aufgrund der Begrenztheit natürlicher Ressourcen und der limitierten Tragfähigkeit von Ökosystemen sind Handlungsweisungen für die Nutzung natürlicher Ressourcen abzuleiten, welche einer masslosen wirtschaftlichen Entwicklung klare Grenzen setzen.

### **3.4 Lokale Produkte**

Nachhaltigkeit kann durchaus auch als neues Ziel der Wirtschaftspolitik definiert werden. Besonders die Nutzung lokaler Produkte führt im Bewusstsein der Konsumenten zu einer Rückbesinnung auf die Stärke lokaler Märkte und Produkte. Dies führt direkt zu einer wesentlichen Entlastung unserer Umwelt (Transportproblematik, Verkehrsentlastung). Zudem ist damit oft noch eine höhere Qualität der Produkte (etwa mehr Frische, Schmackhaftigkeit) verbunden. Die Nahversorgung und die Lebensqualität sind direkt voneinander abhängig und in diesem Sinne verstehen wir Nachhaltigkeit.

### **3.5 Erneuerbare Energien**

Eine nachhaltige Energiepolitik im 21. Jahrhundert steht vor vielfältigen Herausforderungen. Die europäischen Energiemärkte müssen integriert, steigende Importabhängigkeit bewältigt, Kernenergie umweltfreundlich ersetzt und ehrgeizige Klimaschutzziele erfüllt werden. Für die Energiepolitik gelten die klassischen energiepolitischen Ziele:

- 1) Versorgungssicherheit: Hier geht es zum Beispiel um sparsamen Umgang mit Energieressourcen oder um die Stärkung einheimischer Energie und erneuerbare Energietechnologie.
- 2) Wirtschaftlichkeit: Wettbewerbsfähige Energiepreise und Energieprodukte sichern Wachstum; Liechtenstein soll Standort für effiziente Energietechnologien werden.

Der Klimaschutz ist durch Ausbau erneuerbarer Energien zu intensivieren.

### **3.6 Regionales Mobilitätsmanagement**

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil von Lebensqualität. Bei der Erfüllung der Mobilitätsbedürfnisse treten jedoch im heutigen Verkehrssystem die bekannten Probleme wie Lärm, Umweltverschmutzung usw. auf. Die bisherigen Lösungsansätze beziehen sich eher auf einzelne Massnahmen. Die VU versteht regionales Mobilitätsmanagement als einen umfassenden Lösungsweg, mit dem aufgezeigt wird, wie einzelne Verkehrsmodulare im regionalen Kontext so miteinander verbunden werden können, dass unter Aufrechterhaltung einer möglichst hohen Mobilität die ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden so gering wie möglich gehalten werden.

## **4 Grundsätze zur Finanz- und Wirtschaftspolitik**

Eine modern-liberale Marktwirtschaft ist die Basis für ausreichende Einnahmen eines erfolgreichen Staates. Liechtenstein ist auf eine offene Gesellschaft, die auf Demokratie, Toleranz und modern-liberalem Wirtschaftsverständnis fusst, mehr denn je angewiesen. Eine offene Gesellschaft und der Aufbau eines demokratischen und erfolgreichen Staates sind vom zentralen Begriff der Freiheit nicht zu trennen. Grundsatz ist, dass der Staat die Selbständigkeit der einzelnen Einwohner stärkt und die individuelle Freiheit nur dort, wo nötig, einschränkt.

### **4.1 Grösstmögliche Freiheit des Einzelnen**

Die Freiheit des Einzelnen findet dabei ihre Grenzen dort, wo sie die Freiheit der anderen in unzulässiger Weise begrenzt. Je grösser die Freiheit, desto grösser die Verantwortung. Die VU setzt auf mehr Eigenverantwortung und Mitverantwortung des Einzelnen als Rezept für weniger Staat. Erst die Eigenverantwortlichkeit ermöglicht die grösstmögliche Freiheit des Einzelnen. Der Staat und staatliche Organisationen greifen erst dort ein, wo das Leistungsvermögen der Einwohner bezüglich Eigen- und Mitverantwortung nicht mehr ausreicht. Nur dort überträgt die moderne Gesellschaft Verantwortung an den Staat. Der Staat ist nicht allein für Sicherheit und Wohlergehen in allen Lebenslagen verantwortlich. Die Einwohner sind Mitgestalter von Staat und Gesellschaft. Je mehr Verantwortung dem Staat überbunden wird, desto mehr tendiert der Staat dazu, die individuellen Freiheiten und die Ausgestaltung des wirtschaftlichen Lebens durch immer neue Gesetze zu begrenzen und auszufüllen. Mehr staatliche Verantwortung bedeutet aber auch mehr Staatsausgaben. Mehr Staatsausgaben erfordern mehr Staatseinnahmen. Mehr Staatsabgaben schränken die finanziellen Möglichkeiten und folglich die Leistungsbereitschaft des Einzelnen ein. Die VU vertraut auf den Willen und die Fähigkeit des Einzelnen, Entscheidungen zu fällen und verantwortungsbewusst zu handeln. Sie setzt auf mündige Einwohner und favorisiert staatliche Hilfe zur Selbsthilfe. Die VU will aber nicht nur den Markt der besten wirtschaftlichen Ergebnisse und ein angemessenes und soziales Niveau, sondern ebenso den Markt der Meinungen, der Ideen und der Lebensvielfalt in der Gesellschaft.

### **4.2 Nachhaltigkeit als Element der Freiheit**

Freiheit ist auch das Recht jeder Generation, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Sie findet dort aber ihre Grenzen, wo die Freiheitschancen anderer und speziell auch der zukünftigen Generationen gefährdet werden. Eine Belastung der Freiheit der Nachgeborenen durch heute eingegangene Verbindlichkeiten und Verbrauch im finanziellen oder ökologischen Bereich muss daher vermieden werden. Freiheit ist daher auch Verantwortung für die Nachwelt.

Wir dürfen nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Alle Entscheidungen des Staates müssen daher auf ihre Zukunftsverträglichkeit überprüft werden. Freiheit heisst, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

### **4.3 Veränderungen frühzeitig erkennen und darauf reagieren**

Die Welt um Liechtenstein herum verändert sich schnell. Umwälzungen erfolgen in immer kürzeren zeitlichen Abständen.

Was gestern noch undenkbar schien, ist heute Tatsache. Das grösste Risiko besteht darin, keine Veränderung zuzulassen. Die VU setzt der Zukunftsangst die Zuversicht entgegen, durch Wandel neue Möglichkeiten schaffen zu können, die unsere Zukunft sichern helfen. Sie setzt auf die Chancen des Fortschritts, gegen rückwärtsgewandte Nostalgie und Modernisierungsverweigerung. Sie setzt auf die Vielfalt der Chancen und Lebensstile gegen die verständliche Sehnsucht nach einer einfachen, überschaubaren, gesicherten Welt ohne Veränderung. Veränderung findet in der Gesellschaft, im Alltag, überall statt. Sie erfasst unsere Kultur als Gesamtes. Sie ist Teil des geänderten Verhältnisses von Arbeit und Freizeit, von Familie, Beruf und Alter, von Bildung, Staat, Gesellschaft und Umwelt. Die Internationalisierung des Wissens und Wirtschaftens lässt nationale Grenzen hinter sich. Die Initiative für Veränderung muss vermehrt aus der Bevölkerung, aus der Gesellschaft kommen. Der Staat schafft die Rahmenbedingungen und das geistige Klima, um solche Veränderungen durch Initiative der Einwohner zu begünstigen.

#### **4.4 Lebensqualität als Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft und eine gute Zukunft Liechtensteins**

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist einerseits Grundlage für die Schaffung höherer Lebensqualität zu Gunsten der Bevölkerung, andererseits ist aber auch die Lebensqualität ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Wirtschaft. Eine erfolgreiche Wirtschaft fusst auf klugen, weitsichtigen und innovativen Arbeits- und Führungskräften. Solche qualifizierten Arbeitnehmer erwarten von ihrem Wohn- und Arbeitsort gute Lebensqualität für sich und ihre Familien. Dazu gehören eine intakte Umwelt, gute Ausbildungsmöglichkeiten, ein breites Sport- und Kulturangebot und nicht zuletzt ein entsprechendes Wohnungsangebot. Liechtenstein mit seinen naturnahen Naherholungsgebieten und seinem hohen Lebensstandard hat gute Voraussetzungen zu bieten. Ein breites Angebot an allen erdenklichen Waren ist ebenso gegeben wie intakte Natur und breit diversifizierte Freizeitangebote. Dem Umweltschutz ist weiterhin grosse Aufmerksamkeit zu schenken.

#### **4.5 Vernünftige Verkehrspolitik**

Mit der Schaffung einer ansprechenden Infrastruktur gilt es, das Verkehrsproblem gemeinsam mit den Gemeinden konkret anzupacken. Lange Arbeitswege mit unnötigen Staus verursachen nicht nur Abgase, sondern durch den Verlust von Arbeitszeit auch Kosten in enormer Höhe für die Wirtschaft. Verkehrswege müssen heute aber anderen Anforderungen gerecht werden: Sie müssen sich in die Natur einpassen und möglichst geringe Eingriffe darstellen. Wo immer möglich muss zusätzlicher Verkehr vermieden und Kostenwahrheit geschaffen werden. Unter Kostenwahrheit versteht die VU den Einbezug aller Kosten, auch derjenigen, die für die Natur und die Umwelt entstehen. Kreatives, aber ehrliches Mobilitätsmanagement wird eine zentrale Herausforderung für die Zukunft Liechtensteins sein. Hier sind Taten, nicht Worte gefordert. Zur Wohnqualität gehören auch ein intaktes Ortsbild und attraktive Wohnquartiere. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden muss eine stetige Verbesserung angestrebt werden. Attraktive Wohnquartiere haben auch eigene Einkaufsmöglichkeiten mit einem breiten Warenangebot zu bieten, womit lange Einkaufswege vermieden werden.

#### **4.6 Liechtenstein als verlässlicher Partner**

Ein moderner Kleinstaat wie Liechtenstein fordert von seinen Nachbarn und der internationalen Staatengemeinschaft die Anerkennung seiner gleichberechtigten Existenz im Rahmen der Völkergemeinschaft. Kleinstaaten sind mehr als andere auf Chancengleichheit im vielstimmigen Konzert der Staaten angewiesen. Wir sind überzeugt, dass Liechtenstein einen berechtigten Anspruch darauf hat, als souveräner Staat ernst genommen zu werden, und wollen uns dafür einsetzen. Zusätzlich zu den eigenen Bemühungen ist es wichtig, starke Partner an der Seite zu haben, die uns helfen, unsere Anliegen im internationalen Kontext zu erreichen und uns Gehör zu verschaffen. Dieser Partner ist für uns einerseits die Schweiz. Wir wollen diese Partnerschaft über den gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsraum und die in vielerlei Hinsicht gleichgelagerten Interessen bewusst pflegen. Ebenfalls von grosser Bedeutung ist für uns ein gutes Verhältnis zu unserem anderen Nachbarn Österreich. Zusammen mit der Schweiz und Österreich kann Liechtenstein Einfluss auf die Entwicklung im Alpenraum nehmen und hat damit gemeinsam mit seinen Nachbarstaaten eine wichtige Stimme. Nebst der Verwurzelung im Wirtschafts- und Währungsraum Schweiz ist Liechtensteins Mitgliedschaft im EWR von grosser Bedeutung für die Wirtschaft unseres Landes. Wir müssen die Zukunft des EWR im Rahmen der EU-Erweiterung genau beobachten und deren Auswirkungen auf unsere Volks- und Privatwirtschaft flexibel beantworten. Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union selbst ist für uns keine Alternative, denn sie würde zu einer unverhältnismässigen Überregulierung für den Kleinstaat Liechtenstein führen. Das wirtschaftliche Handeln muss aus liechtensteinischer Sicht in der Reihenfolge lokal – regional – global erfolgen.

#### **4.7 Intelligenter Staat – Subsidiaritätsprinzip**

Das Finanzleitbild des Landes Liechtenstein in seiner heutigen Form legt den Rahmen für künftige Entwicklungen. Liechtenstein als Staat soll nur diejenigen Aufgaben erfüllen, die im öffentlichen Interesse liegen und von Privaten nicht angemessen erledigt werden können. Land und Gemeinden gewährleisten gemeinsam die Deckung des Grundbedarfs der Bevölkerung und der Wirtschaft durch die Verkehrserschliessung, die Raumordnung und die übrige Grundversorgung. Wesentliche Bereiche sind Gesundheit, Wasser und Energie. Die Aufteilung der Staatsaufgaben zwischen dem Land Liechtenstein und den Gemeinden erfolgt nach dem Prinzip, wonach jede gesellschaftliche und staatliche Tätigkeit ihrem Wesen nach subsidiär, d. h. unterstützend und ersatzweise eintretend sei. Die höhere staatliche oder gesellschaftliche Einheit soll also nur dann helfend tätig werden und Funktionen der niederen Einheiten an sich ziehen, wenn deren Kräfte nicht ausreichen, diese Funktionen wahrzunehmen. Um das Subsidiaritätsprinzip umzusetzen, wird es nötig sein, die Kompetenzen zwischen Land und Gemeinden klarer zu definieren. Die zunehmende Vermischung von Zuständigkeiten verkompliziert Verfahrensabläufe und trägt nicht zu Transparenz bei. Liechtenstein ist ein Kleinstaat. Seine grösste Stärke ist seine Wandlungsfähigkeit. Diese muss ausgebaut und mit einer proaktiven Beobachtung der Umwelt zu einem «Liechtenstein als lernenden, intelligenten Staat» ausgebaut werden. Wachstums- und Zukunftsfelder werden auf diese Weise frühzeitig erkannt und die notwendigen Massnahmen umgesetzt. Dieser Wettbewerbsvorsprung darf nicht durch ausufernde Gesetze und Verordnungen verspielt werden.

#### 4.8 Keine Überreglementierung durch unnötige Gesetze und Verordnungen

Wir brauchen verständliche und umsetzungsorientierte Gesetze. Wir können auf verschiedene veraltete und nicht mehr relevante Gesetze und Verordnungen gänzlich verzichten oder verschiedene Normen zu einem zeitgemässen, übersichtlichen Ganzen zusammenfassen. Erlasse sind daher im Rahmen jeder Revision und – revisionsunabhängig – in den wirtschaftssensiblen Regelungsbereichen gründlich auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Ferner ist beim Erlass neuer Rechts Mass zu halten. Diese Erlasse sind insbesondere auch auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit zu prüfen. Das bedeutet, dass schon vor der Vernehmlassung zu neuen Gesetzen vermehrt die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit einer Regelung zu thematisieren ist. Viele Gesetze führen zu ewig langen Bewilligungsverfahren. Dies macht z. B. Bauvorhaben schwer kalkulierbar. Die Bauwilligen sollen nicht mehr zu verschiedenen Stellen gehen müssen, sondern an einem Ort alles erledigen können. Die Beschwerdeverfahren müssen gestrafft werden. Die VU spricht sich gegen eine «Anlassgesetzgebung» aus. Regelmässig wird mit neuen Gesetzen lediglich überdeckt, dass der Vollzug der bisher schon vorhandenen Gesetze nicht stattgefunden hat. Daher sollte die Verwaltungspraxis der Behörden besser bekannt gemacht werden. Dies erspart Unsicherheiten und daraus resultierende Gesetzesfluten.

#### 4.9 Finanzen und Steuern

Der Staat braucht Geld, um seinen Aufgaben nachzukommen. Die Einwohnerschaft verdient dieses Geld. Somit ist der Staat angehalten, sorgfältig mit diesem Geld umzugehen. Er soll damit die notwendige Infrastruktur aufbauen und sichern, die Legislative, Exekutive und Judikative finanzieren. Staatsaufgaben sollen aber nur soweit finanziert werden, als dies mittelfristig nicht auf Kosten der Reserven mit der Gefahr einer zukünftigen Staatsverschuldung erfolgt. Die Standortevaluation durch internationale Unternehmen erfolgt zunehmend über weltweit vernetzte Treuhand- und Beratungsfirmen. Daher gilt es im Rating der massgebenden Institutionen eine gute Position zu erreichen und die Aufmerksamkeit für einen günstigen Steuerstandort Liechtenstein zu gewinnen. Steuerliches Standortmarketing ist daher vermehrt als eigenständige Aufgabe wahrzunehmen. Das Steuersystem Liechtensteins ist im Grossen und Ganzen recht übersichtlich. Dennoch soll es laufend überprüft werden, wo es noch vereinfacht werden kann. Notwendigkeit, Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit der staatlichen Massnahmen sind bei allen Neuausgaben zu überprüfen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Entwicklung des Aufwands in der laufenden Rechnung zu legen. Alle Bauvorhaben, Gesetze mit Ausgabenfolgen und andere Investitionen sind auf diese Kriterien zu überprüfen.

#### 4.10 Effiziente, schlanke Verwaltung

Die VU steht für die Beibehaltung einer effizienten, schlanken Verwaltung, die als initiative Fachstelle der Regierung die Rat suchende Bevölkerung berät und unterstützt. Liechtenstein hat als kleines Land die Chance, kurze Entscheidungswege einzuhalten. Diesen Standortvorteil gegenüber grossen Staatsgebilden gilt es vermehrt zu nutzen und zu kommunizieren. Eine effiziente, schlanke Verwaltung ist die Grundlage für wenig Bürokratie und schnelles Handeln. Diesem Aspekt kommt im Staat eine tragende Rolle zu. In vielen Ländern gilt die Verwaltung als Verhinderungsbehörde und träge Maschinerie. In einer zunehmend komplexeren Welt mit immer mehr internationaler Verflechtung muss die Verwaltung in der Lage sein, ihre Agenden speditiv und mit grossem Fachwissen im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft zu erledigen. Die Verwaltung muss für neue Entwicklungen und initiative Unternehmer offen sein und diese fördern. Sie darf ihre Aufgabe nicht darin sehen, in der Prüfung der Zulässigkeit die Verhinderung von Neuem zu suchen, sondern soll Lösungen und mögliche Wege aufzeigen, wie Ideen umgesetzt werden können. Dabei ist es wichtig, dass die Verwaltung gut ausgebildet ist und einen engen Bezug zur Wirtschaft pflegt. Gutachten sollen die Ausnahme, nicht die Regel sein, weil neben den Kosten für Gutachten auch der damit verbundene Zeitverlust nicht unterschätzt werden darf. Neben der Entscheidungsfähigkeit braucht es auch die Entscheidungsfreudigkeit. Sie garantiert, dass Entscheidungen rasch und unbürokratisch getroffen werden. Dabei ist die Regierung gefordert, welche letztlich die Kontrolle über die Verwaltung ausübt. Allerdings setzt dies voraus, dass die Regierung selbst bereit ist, Entscheidungen rasch und unbürokratisch zu treffen.

#### 4.11 Innovationen und Wachstum

Liechtenstein braucht ein angemessenes Mass an Wachstum. Dabei strebt es eine tragfähige Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen an. Die VU steht über das heute bereits vorhandene Ausmass hinaus für eine vermehrte Innovationstätigkeit. Dabei geht es um eine Schwergewichtsverlagerung von den bisherigen zu neuen Produktions-, Absatz-, Organisations- und Finanzierungsstrukturen im Sinne einer Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, der Erschliessung neuer Märkte und Marktsegmente und die Schaffung neuer, effizienter Organisations- und Finanzierungsformen. Aus Sicht der VU bietet dieser Weg die grössten Chancen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Abbau struktureller Probleme im hoch entwickelten Wirtschaftsstandort Liechtenstein. Arbeitslosigkeit ist nicht in erster Linie ein Verteilungsproblem, auch kein Kostenproblem, sondern ein Innovationsproblem. Grosse Arbeitslosigkeit entsteht immer dann, wenn nicht genügend innoviert wird.

#### 4.12 Arbeitsmarkt

Die berufliche Qualifizierung wird noch stärker zum Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Neben qualifizierter Ausbildung und hoher, dauernder Lernbereitschaft wird auch die «soziale Kompetenz» und Persönlichkeitsentwicklung zu einem zunehmend wichtigen Qualitätsfaktor. Die massiven Veränderungen am Arbeitsmarkt sind frühzeitig zu erkennen und zu antizipieren. Im Sinne einer modern-liberalen Marktwirtschaft unterstützen wir flexiblere Arbeitszeiten sowie Öffnungszeiten und fördern das Entstehen «neuer» Formen von Erwerbsarbeit und Selbständigkeit am Arbeitsmarkt.